

Jahresrückblick 2010

Von Aufschwung bis Zumutungen

2010: für die einen das Jahr des Aufschwungs nach der Krise, für die anderen das Jahr der schwarz-gelben Zumutungen. Wir blicken zurück auf einige der bestimmenden politischen Themen.

LEIHARBEIT. 2010 begann mit einem handfesten Leiharbeits-Skandal: Beim Discounter Schlecker wurde ein umfassendes Lohndumping-System öffentlich. Der Konzern hatte fest angestellten MitarbeiterInnen reihenweise gekündigt, um sie dann auf ihrem alten Arbeitsplatz erneut als billigere Leiharbeitskräfte einzusetzen. Fast zeitgleich veröffentlichte die Bundesregierung im Januar ihren Leiharbeitsbericht. Der wies ausdrücklich darauf hin: Der Lohnabstand zwischen LeiharbeiterInnen und Stammbetriebschaften im selben Betrieb ist erheblich. Die Koalition blieb dennoch tatenlos. Und das, obwohl sich im Laufe des Jahres immer deutlicher zeigte, dass sich der Beschäftigungsaufbau nach der Krise zu großen Teilen in Leiharbeit vollzieht. Auch ein im Mai vorgestelltes Rechtsgutachten des DGB, das zeigte, dass die EU-Leiharbeitsrichtlinie nicht korrekt in deutsches Recht umgesetzt wird, nahm Schwarz-Gelb offenbar nicht ernst. Die EU-Richtlinie fordert eindeutig den Grundsatz „Gleiches Geld für gleiche Arbeit“ („Equal Pay“) – im deutschen Arbeitnehmerüberlassungsgesetz (AÜG) kann dieser Grundsatz aber mit (Dumping-)Tarifverträgen umgangen werden.

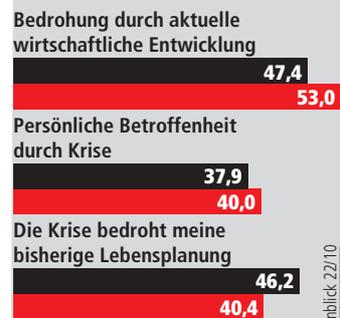
Erst im Herbst legte Arbeitsministerin von der Leyen (CDU)

schließlich einen Entwurf für ein „verbessertes“ AÜG vor: Es sollte zwar einen künftigen „Fall Schlecker“ verhindern, Equal Pay sieht es weiterhin nicht vor. Detlef Wetzell, Zweiter Vorsitzender der IG Metall, nannte den Gesetzesentwurf denn auch nicht mehr als ein „Beruhigungszäpfchen“. Die DGB-Gewerkschaften fordern weiterhin: Gleichen Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort – das Kabinett hingegen hat noch kurz vor der Weihnachtspause die „Beruhigungszäpfchen“-Vorlage durchgewunken.

SPARPAKET. 2010 war auch das Jahr des schwarz-gelben Sparpakets: 80 Milliarden Euro will die Koalition bis 2014 einsparen.

Krise immer noch in den Köpfen

Anteil der Befragten, die den folgenden Aussagen zustimmen (in Prozent)



Quelle: Wilhelm Heitmeyer: Deutsche Zustände – Folge 9, edition suhrkamp, Suhrkamp Verlag Berlin, 2010, S. 18

Wissenschaftler der Universität Bielefeld stellen in einer aktuellen Studie (siehe Buchtipps Seite 8) fest, dass große Teile der Bevölkerung sich weiterhin durch Krisenfolgen bedroht fühlen oder tatsächlich von solchen betroffen sind.

Die Hauptlast sollen Arbeitslose und GeringverdienerInnen tragen. Selbst die Kritik prominenter Unions-Verehrer, wie die von Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU), der das Sparpaket als zu einseitig monierte, konnte die Bundesregierung nicht auf einen sozialeren Kurs bringen. So soll 2011 Hartz-IV-EmpfängerInnen etwa der Heizkostenzuschuss und das Elterngeld gestrichen werden. Außerdem sollen die Steuerzuschüsse zur Rentenversicherung für LeistungsbezieherInnen eingespart werden.

Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer übte scharfe Kritik: „Mit dem Beschluss manifestiert die Bundesregierung die Schiefelage in diesem Land und kürzt dramatisch zu Lasten der Ärmsten in dieser Gesellschaft, bei gleichzeitiger Schonung der Reichen und Vermögenden.“ Der DGB hat deshalb vorgerechnet, dass sich 70 Milliarden Euro Mehreinnahmen mit realistisch umsetzbaren und vor allem sozial ausgewogenen Maßnahmen realisieren ließen: unter anderem mit einer neuen Vermögenssteuer, einer gerechten Erbschaftssteuer und einer Finanztransaktionssteuer. Besonders dringend nötig hätten dieses Geld etwa die klammen Kassen der Kommunen. Deshalb hat ver.di bei den Herbstaktionen unter dem Motto „Gerecht geht anders“ auf die dramatische Lage der öffentlichen Haushalte hingewiesen.

AUSBILDUNG. Für junge Menschen, vor allem für Auszubildende und Ausbildungsplatzsuchende, war 2010 kein „Freu-

Weiter auf Seite 3

inhalt

Seite 3

2010 in Zahlen

Kaum noch Kurzarbeit, Boom bei der Leiharbeit, Anstieg bei Minijobs in Privathaushalten

Seite 5

Nach der Krise

Der DGB-Index Gute Arbeit 2010 zeigt: Gute Arbeit ist auch nach der Krise Mangelware. Die Krisenfolgen zeigen sich in manchen Branchen deutlich

Seite 7

Auf der Schiene

einblick-Interview mit Alexander Kirchner, dem Vorsitzenden der neuen Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG)



Der Surf-Tipp fürs Internet

www.boeckler.de/320_110811.html

WSI: Tariffbilanz 2010

Hintergrund

www.einblick.dgb.de/hintergrund

DGB-Stellungnahme zum Bundesfreiwilligendienst

PISA

Soziale Kluft bleibt

In Mathe und Naturwissenschaften sind Deutschlands 15-Jährige seit dem Jahr 2000 etwas besser geworden und liegen jetzt knapp über dem OECD-Durchschnitt, bei der Lesekompetenz sind sie weiterhin Mittelmaß. So lauten unterm Strich die Ergebnisse der Anfang Dezember vorgestellten PISA-Studie 2009.

Doch hinter den Rankings verbirgt sich das Wesentliche: die soziale Spaltung. In kaum einem anderen Industrieland ist die soziale Auswahl im Schulsystem so hoch wie in Deutschland. Daran hat sich seit der ersten PISA-Studie aus dem

Jahr 2000 kaum etwas geändert. Die PISA-ForscherInnen drücken es so aus: „Der Leistungsabstand zweier Schüler mit ähnlichem Hintergrund beträgt in Deutschland mehr als 100 PISA-Punkte, je nach dem, ob sie auf eine Schule mit günstigem oder ungünstigem Umfeld gehen.“ Zum Vergleich: Hundert Punkte entsprechen mehr als zwei Schuljahren Leistungsunterschied.

GewerkschafterInnen und BildungsexpertInnen sehen in einer neuen Ganztagschuloffensive ein mögliches Mittel gegen die Misere. Der Bildungsforscher Eckhard Klieme, der den deutschen Teil der PISA-Studie umgesetzt hat, forderte ein gemeinsames Ganztagschulprogramm von Bund und Ländern. Das Programm dürfe aber nicht wieder

ein reines „Bauprogramm“ werden, die Gelder müssten vielmehr in Inhalte, besseren Unterricht und bessere Förderung fließen. Ähnliches forderte die stellvertretende

DGB-Vorsitzende Ingrid Sehrbrock: Beim Ausbau der Ganztagschulen hätte bisher Bauförderung im Vordergrund gestanden, „jetzt brauchen wir mehr Qualität“.

Zu wenig Fortbildung

Anteil der LehrerInnen, die der jeweiligen Aussage „ganz“ oder „eher“ zustimmen (in Prozent)

„Vermittlung von Lesekompetenz spielt in der Lehrerausbildung* so gut wie keine Rolle“	73,0
„Es werden zu wenige Fortbildungsmaßnahmen zur Verbesserung der Lesekompetenz angeboten“	69,8
„Kultusministerium und staatliche Fortbildungsinstitute machen gute Angebote in der Lehrerfortbildung zur Lesekompetenz“	25,2

*für Sekundarstufe I und II

Quelle: GEW-Mitgliederbefragung 2010; 1940 für die Lehrerschaft repräsentativ ausgewählte GEW-Mitglieder

© DGB einblick 22/10

Fort- und Weiterbildung von ArbeitnehmerInnen ist auch im Schulwesen der Schlüssel zu mehr Qualität – leider reichen die Angebote für Lehrerinnen und Lehrer noch nicht aus. Das zeigt eine GEW-Mitgliederbefragung.

Bundesfreiwilligendienst

Nur Taschengeld

Der DGB lehnt den von Bundesfamilienministerin Kristina Schröder (CDU) geplanten Bundesfreiwilligendienst (BFD) ab. Mit dem BFD will die schwarz-gelbe Koalition den durch das Aussetzen der Wehrpflicht wegfallenden Zivildienst „zumindest teilweise kompensieren“, so Schröder. Anders als der Zivildienst richtet sich der BFD aber ausdrücklich an „Menschen jeden Alters“.

Der DGB befürchtet deshalb, dass mit dem neu geschaffenen öffentlichen Dienstverhältnis BFD ein „weiterer Schritt zur Prekariisierung von Arbeitsverhältnissen getan wird“, wie es in einer Stellungnahme heißt. Denn wie beim Zivildienst sieht der DGB erst recht beim altersunabhängigen BFD die Gefahr, dass reguläre Vollzeitstellen mit Freiwilligen besetzt werden – und das für ein im Gesetzentwurf vorgesehenes Taschengeld von maximal 324 Euro in West- und 273 Euro in Ostdeutschland.

Weiterer Kritikpunkt des DGB: BFD-Kräfte wären zwar sozial-

versichert, hätten aber offiziell keinen Arbeitnehmerstatus – mit allen negativen Konsequenzen für Arbeitsrecht, Arbeitsschutz und Mitbestimmung. Das Resümee des DGB: Wenn ein solches Dienstverhältnis mit geringer Bezahlung und verminderten Arbeitnehmerrechten als Konkurrenz zu regulärer Beschäftigung etabliert wird, würde der Niedriglohnbereich weiter „ausfransen“.

www.einblick.dgb.de/hintergrund

CGZP

Nicht tariffähig

Ein Paukenschlag für die Zeitarbeitsbranche: Das Bundesarbeitsgericht (BAG) hat am 14. Dezember in letzter Instanz entschieden, dass die Tarifgemeinschaft Christlicher Gewerkschaften für Zeitarbeit und Personal-Service-Agenturen (CGZP) nicht tariffähig ist. Das Verfahren hatten ver.di und der Berliner Senat angestrengt. Der CGZP fehlt laut BAG-Urteil die erforder-

liche „Tarifmächtigkeit“, da sie schlicht über zu wenig Mitglieder verfügt – und so Forderungen gegenüber der Arbeitgeberseite nicht adäquat durchsetzen kann. „Wir fühlen uns in unserer Rechtsauffassung durch das BAG in vollem Umfang bestätigt“, sagte der stellvertretende ver.di-Vorsitzende Gerd Herzberg unmittelbar im Anschluss an das Urteil.

Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer begrüßte das Urteil als „deutliches Signal gegen Dumping-Tarifverträge“. Der IG Metall-Justiziar Thomas Klebe verwies auf die „enormen Rechtsfolgen“ der Entscheidung: Da die CGZP nicht tariffähig ist, sind auch die von ihr abgeschlossenen (Dumping-)Tarifverträge nichtig. Gilt für LeiharbeiterInnen aber kein Tarifvertrag, kommt automatisch der „Equal-Pay-Grundsatz“ zum Tragen. Damit könnten auf die Arbeitgeber jetzt Lohnnachforderungen und Nachforderungen der Sozialversicherungen in Milliardenhöhe zukommen. Laut IG Metall können allein die Sozialversicherungsträger Beiträge für vier Jahre im Wert von bis zu 2,4 Milliarden Euro nachfordern.

Gesundheitspolitik

Bürgerversicherung als Ziel

Mitte Dezember hat die vom DGB initiierte Reform-Kommission „Für ein solidarisches Gesundheitssystem der Zukunft“ ihren Abschlussbericht präsentiert. Der Einstieg in die Kopfpauschale wird im Bericht der Kommission vehement abgelehnt, stattdessen soll die gesetzliche Krankenversicherung zur Bürgerversicherung umgestaltet werden. Die ExpertInnen haben ein mögliches Bürgerversicherungskonzept

durchgerechnet – und der Kommissionsbericht zeigt: es ist finanzierbar. Mehr noch: Durch die empfohlenen Maßnahmen ergibt sich ein finanzieller Spielraum, der einer Beitragssatzsenkung bis zu 2,2 Prozentpunkten entspricht. So könnten den Versicherten die von der Koalition geplante Beitragserhöhung erspart bleiben, meint DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach.

www.einblick.dgb.de/hintergrund

RÜCKBLICK 2010

Fortsetzung von Seite 1

denjahr“: Buchstäblich in letzter Minute haben die Arbeitgeber am 25. Oktober den Ausbildungspakt torpediert und eine Beteiligung der Gewerkschaften verhindert. Entgegen einer noch am Vormittag desselben Tages zugesagten gemeinsamen Linie bestanden die Arbeitgeber am Abend auf einem Abbau des Jugendarbeitsschutzes und auf ein klares Bekenntnis zur zweijährigen „Schmalspurausbildung“. Die Bundesregierung knickte ein.

Für den DGB war damit eine Teilnahme am eigentlich schon ausgehandelten und dann doch wieder umgeschriebenen Ausbildungspakt unmöglich. Die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ingrid Sehrbrock kritisierte: „Einmal mehr lässt sich die Bundesregierung von

der Wirtschaft ihre Politik ins Blatt diktieren.“ Resümee des DGB: ein handfester Skandal und eine vertane historische Chance für einen neuen Ausbildungspakt zwischen Sozialpartnern und Politik. Dabei ist es dringend nötig, sich stärker denn je auf die Probleme der jungen Generation am Arbeitsmarkt zu konzentrieren.

Etliche Untersuchungen haben in diesem Jahr gezeigt: Die junge Generation ist allzu oft Verlierer der Krise. Besonders der sehr hohe Anteil von unsicher beschäftigten Jugendlichen und Ausbildungsplatzsuchenden in außerbetrieblichen „Warteschleifen“ gibt Grund zur Sorge. Das Schreckensszenario Fachkräftemangel, dass die Arbeitgeber gerne zeichnen, sei vor diesem Hintergrund der „blanke Hohn“, erklärte Sehrbrock.

HARTZ IV. „Die Regelleistungen sowohl des Arbeitslosengeldes II für Erwachsene als auch des Sozialgeldes für Kinder bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres genügen dem Grundrecht auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums nicht.“ Diesen Satz verkündete Jürgen Papier, damaliger Präsident des Bundesverfassungsgerichts, am 9. Februar. Nach der Jobcenter-Struktur monierten die Karlsruher RichterInnen mit der Regelsatzberechnung ein weiteres Kernstück der Hartz-Reformen.

Was folgte, war eine breite gesellschaftliche Debatte über den Sozialstaat, in deren Verlauf der DGB immer klar machte: Die Grundsicherung darf sich nicht an der Kassenlage des Bundes orientieren, sondern muss Existenz sichernd sein, Verarmung verhindern und Teilhabe ermöglichen. Nicht loszulösen von der „Hartz-IV-Debatte“ ist aus Sicht der Gewerkschaften – auch das machte der DGB 2010 immer wieder klar – die Frage der Niedriglöhne.

Weit über eine Million AufstockerInnen, die trotz Vollzeit-Beschäftigung auf ergänzendes ALG II angewiesen sind, zeigen, warum Maßnahmen gegen Lohndumping und die Ausweitung des Niedriglohnsektors dringend nötig sind – auch, um eine Abwärtsspirale bei der Grundsicherung zu verhindern. Denn was die Koalition schließlich als Reaktion auf das Karlsruher Urteil präsentierte, strotzt nur so vor Trickserien: Unter anderem werden in die Berechnung des Bedarfs von ALG-II-EmpfängerInnen selbst AufstockerInnen als Referenz mit einbezogen: Wer nicht genug verdient, um davon leben zu können, ist allerdings als Maßstab für einen „Grundbedarf“ denkbar ungeeignet.

Ganz so einfach wird Schwarz-Gelb mit seinen Hartz-Rechnungen aber nicht durchkommen: Derzeit fehlt der Koalition dafür eine Mehrheit im Bundesrat. ●

DGB-Bundeskongress 2010

Insgesamt 152 Anträge haben die 400 Delegierten auf dem 19. Ordentlichen DGB-Bundeskongress im Mai diskutiert und beschlossen. Außerdem bestätigten sie den bisherigen Geschäftsführenden DGB-Bundesvorstand (GBV) im Amt. Inhaltlich wurden die Weichen für eine faire und gerechte Ausgestaltung der Arbeitswelt gestellt. Insgesamt drei Anträge behandelten das Thema „Gute Arbeit“. Der Tenor: Der Kampf gegen unsichere Beschäftigung und zunehmenden Leistungsdruck in der Arbeitswelt soll forciert werden. Ebenfalls beschlossen: Die Gewerkschaften kämpfen ab sofort für einen gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro. Eine neue Struktur sieht die neue Satzung des DGB vor. Die 66 Regionen werden in die Bezirke integriert. Und: Auf kommunaler Ebene wird die Arbeit der Ehrenamtlichen mit der neuen Satzungsebene der DGB-Kreis- und Stadtverbände deutlich gestärkt. „Es war ein richtig guter Kongress“, kommentierte der mit 94,1 Prozent wiedergewählte DGB-Vorsitzende Michael Sommer – ein Kongress, der „viel auf den Weg gebracht hat.“

2010 in Zahlen

Entwicklung verschiedener Arbeitsmarkt- und Wirtschaftskennzahlen in 2010* (in Prozent)

Arbeitslose	-10,5
ALG-II-BezieherInnen**	-3,6
Gemeldete freie Stellen	40,2
LeiharbeiterInnen	39,0
Angezeigte Kurzarbeit	-84,3
Minijobs	0,3
Minijobs in Privathaushalten***	9,4
Unternehmensinsolvenzen	1,4
Privatinsolvenzen	2,2
Bruttoinlandsprodukt	3,8

*Vergleich: 31. Dezember 2009 mit dem aktuellsten statistisch verfügbaren Wert aus 2010 (Arbeitslose, ALG-II-BezieherInnen, gemeldete freie Stellen: 11/2010, angezeigte Kurzarbeit: 10/2010, Insolvenzen, BIP, LeiharbeiterInnen: 09/2010, Minijobs: 06/2010)

**Zahl aller Personen in Bedarfsgemeinschaften

*** „haushaltsnahe Beschäftigung“ über das „Haushaltsscheckverfahren“

Quellen: BA / Statistisches Bundesamt / Knappschaft Bahn See

© DGB einblick 22/10

2010: eindeutig ein Jahr, in dem die schlimmsten Folgen der Krise überstanden sind (minus 84 Prozent Kurzarbeit), aber auch ein Jahr, in dem der Beschäftigungsaufbau in prekären Jobs stattfindet (plus 39 Prozent Leiharbeit). Erfolgreich waren DGB und Gewerkschaften mit ihren Herbstaktionen, an denen sich bundesweit Hunderttausende beteiligten, um gegen die aktuelle Politik der Bundesregierung und die soziale Schieflage in Deutschland zu protestieren. Ein weiterer Erfolg: Die vom DGB und dem Aktionsbündnis „Köpfe gegen Kopfpauschale“ gestartete Bundestagspetition gegen die schwarz-gelbe Gesundheitsreform verzeichnete weit über 120000 UnterstützerInnen – jetzt muss sich der Bundestag mit der Petition befassen. Positiv waren auch die Trends der diesjährigen Betriebsratswahlen: gestiegene Wahlbeteiligung, mehr weibliche BR-Mitglieder und ein Großteil der Mandate für die DGB-Gewerkschaften.

Im Netz

Historische Gewerkschaftspresse

In einem gemeinsamen Projekt haben Friedrich-Ebert- und Hans-Böckler-Stiftung Publikationen der freigewerkschaftlichen Angestelltenverbände aus den Jahren 1897 bis 1933 digitalisiert und ins Internet gestellt. Rüdiger Zimmermann, Leiter der Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung, sieht darin nicht nur eine Rettung gewerkschaftlicher Quellenbestände vor dem physikalischen Zerfall, sondern, weil die Bestände für alle zugänglich sind, auch eine Demokratisierung des gewerkschaftlichen Gedächtnisses. Der Allgemeine freie Angestellten-

bund (AfA) und seine Verbände haben während der Weimarer Republik etwa 20 Zeitschriften herausgegeben.

Zu den digitalisierten Publikationen gehören unter anderem die AfA-Bundeszeitung *Der freie Angestellte* das *Handlungsgehilfen-Blatt* und die *Rundschau für die Frau*. Diese Publikationen spiegeln den Angestelltenalltag wie auch die politischen Kämpfe der Angestelltenbewegung wider. Die Digitalisierung historischer Gewerkschaftspresse soll fortgesetzt werden. •

www.einblick.dgb.de/links



neue Bücher

Arbeitende Menschen stehen im Mittelpunkt des neuen Buchs von **Martin Kempe**, dem ehemaligen Chefredakteur von *ver.di publik*. Ein Viertel aller Beschäftigten hierzulande arbeitet unter prekären Bedingungen. Das heißt nicht, dass sie wehrlos sind. Der Titel des Buchs ist Programm. In einfühlsamen Interviews und Reportagen stellt Kempe Menschen vor, die beginnen, sich zusammenzuschließen, ihre Interes-

sen offensiv zu vertreten und Kraft zur Gegenwehr zu entwickeln – beim Drogerieriesen Schlecker, in ostdeutschen Call-Centern, in einer Universitätsklinik oder in einem globalen IT-Konzern. Die Porträts zeigen, dass auch unter widrigen Bedingungen Menschen die Hoffnung auf menschenwürdige Arbeits- und Lebensbedingungen nicht aufgeben.

Martin Kempe, Ermutigungen für den aufrechten Gang im Betrieb, Westfälisches Dampfboot, Münster 2010, 169 Seiten, 14,90 Euro

interregio

••• Der **DGB-Bezirk Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt** hat den **Leitfaden „Interkulturelle Öffnung und Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt“** herausgegeben. MigrantInnen haben es schwer auf dem Arbeitsmarkt. Dabei ist ihre erfolgreiche Integration in den Arbeitsmarkt eine der Voraussetzungen für ein gutes Zusammenleben aller. „Interkulturelle Öffnung ist ein wichtiger Weg, um vorhandene Potenziale positiv zu

bewerten und sich von Vorurteilen vor dem Fremden zu lösen“, betont der DGB-Bezirksvorsitzende Hartmut Tölle. Ziel des Leitfadens ist es, MultiplikatorInnen für diese Thematik zu sensibilisieren.

www.niedersachsen.dgb.de

••• Der **DGB-Bezirk Berlin-Brandenburg** hat sich für einen **„echten Rechtsanspruch auf Qualifizierung“** für BeamtInnen ausgesprochen. „Viele wollen sich stärker fortbilden. Doch die Arbeitsbelastung ist so hoch, dass

„Wir sind keine Co-Manager“



Foto: ver.di

Aufsichtsrätin des Monats Dezember ist

Andrea Kocsis, 45. Die stellvertretende ver.di-Vorsitzende – zuständig für den Fachbereich Postdienste – sitzt seit 2007 im Aufsichtsrat der Deutschen Post AG. Ihr Leitmotiv als stellvertretende Aufsichtsratsvorsitzende: „Wir sind die Interessenvertretung der Beschäftigten, deshalb treffen wir notwendige Entscheidungen immer unter der Fragestellung: Was hat das für Auswirkungen auf die Beschäftigten?“ ArbeitnehmervertreterInnen seien keine Co-Manager. „Für die Interessen der Shareholder ist auch ohne uns umfassend gesorgt“, erklärt sie. Was das für ihre Arbeit im Aufsichtsrat bedeutet und welche Themen sie dort bewegen, erklärt sie im aktuellen Fragebogen zum „Aufsichtsrat des Monats“.

<http://www.dgb.de/lp0K>



Aufsichtsrat des Monats

Boycott-Aufruf

Killer-Jeans

Die Kampagne für Saubere Kleidung (CCC) ruft mit ihren Bündnispartnern zum weltweiten Stopp von Jeansproduktionen auf, bei denen mit der Sandstrahltechnik gearbeitet wird. Der Grund: Immer mehr ArbeiterInnen, die Jeans sandstrahlen, erkranken an der unheilbaren Krankheit Silikose (Staublung). Allein in der Türkei sind bereits 46 Todes- und über 4000 Krankheitsfälle registriert. CCC fordert Mode-Unternehmen auf, sofort auf die Sandstrahl-

technik zu verzichten. Die Regierungen sollten Importverbote für sandgestrahlte Jeans prüfen. Erste Erfolge zeigen sich: Große Modeketten haben bereits angekündigt, die Jeans nicht mehr anzubieten. Auf der CCC-Homepage kann das Manifest zum Stopp unterzeichnet werden. •

www.saubere-kleidung.de

Hans-Böckler-Stiftung

Minijob-Datenbank

Rund 7,2 Millionen Arbeitsverträge auf 400-Euro-Basis sind 2009 abgeschlossen worden – der überwiegende Teil in ländlichen Regionen Westdeutschlands. Das zeigt eine neue Online-Datenbank des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung. Vor allem Frauen arbeiten in Minijobs – oft zu Niedriglöhnen. Ländliche Gebiete im Westen liegen vorn, weil dort viele Paare eine traditionelle Arbeitsteilung pflegen und sich wegen des unzureichenden Angebots an Kinderbetreuung Beruf und Familie schlechter vereinbaren lassen. Die interaktive Landkarte und weitere Infos gibt's im Internet. •

www.einblick.dgb.de/links

eine Fortbildung oft zeitlich nicht drin ist“, erklärt die DGB-Vorsitzende Doro Zinke. Zudem legen viele Vorgesetzte wenig Wert auf Weiterbildung der Beschäftigten. Zinke fordert außerdem: Bei Beförderungen müssten Leistung und tatsächliche Kompetenz zählen und nicht der Bildungsabschluss von vor 30 Jahren. Hier enthalte ein Gesetzentwurf des Berliner Innensenators Ehrhart Körting (SPD) noch zu viele überflüssige Hürden.

www.berlin-brandenburg.dgb.de

GEWERKSCHAFTEN

DGB-Index Gute Arbeit 2010

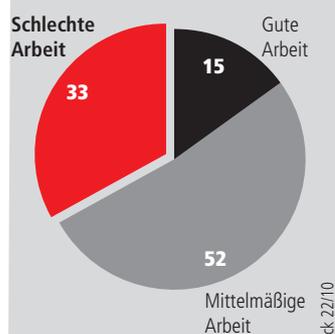
Gute Arbeit nach der Krise?

Ein Großteil der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland schätzt seine Arbeitsbedingungen gerade einmal mittelmäßig ein – ein Drittel bewertet sie sogar als schlecht. Die Auswertung des DGB-Index Gute Arbeit 2010 zeigt: Mit Einkommen und Arbeitsplatzsicherheit sind die Beschäftigten besonders unzufrieden. Und je nach Branche zeigen sich deutlich die Folgen der Krise.

Die Ergebnisse des vierten DGB-Index Gute Arbeit liegen vor – und sind ernüchternd. Ein Drittel der Beschäftigten bewertet seine Arbeitsbedingungen schlecht, nur 15 Prozent haben „Gute Arbeit“.

Schlechte Arbeit: Weiterhin jeder Dritte

Prozentuale Verteilung der Arbeitsplätze nach Qualitätsstufen*



*Schlechte Arbeit: weniger als 50 Punkte beim DGB-Index Gute Arbeit, mittelmäßige Arbeit: 50-80 Punkte, Gute Arbeit: mindestens 80 Punkte
Quelle: DGB-Index Gute Arbeit 2010

Die Werte haben sich im Vergleich zum Vorjahr nur unwesentlich verbessert. Damit seien die Ergebnisse zwar keine Katastrophe, erklärte der DGB-Vorsitzende Michael Sommer bei der Vorstellung des Index für 2010, „aber wahrlich nicht be rauschend“. Schlecht bezahlte und unsichere Arbeit prägte noch viel zu oft die Gesellschaft.

In der Tat drückt vor allem die Einschätzung der Beschäftigten über Lohn, Gehalt und ihre berufliche Zukunft den Indexwert nach unten: Die drei in diesem Jahr am schlechtesten bewerteten Kategorien sind das Einkommen, die Aufstiegsmöglichkeiten und die Arbeitsplatzsicherheit – alle mit einem Indexwert unter 50 und damit im Bereich „schlechter Arbeit“. Vor allem mit ihrem Einkommen (Indexwert 41) sind die Befragten

besonders unzufrieden. Kein Wunder: Eine detailliertere Index-Auswertung zeigt, dass über 36 Prozent der befragten Vollzeit-Beschäftigten im prekären Einkommensbereich arbeiten (fast 20 Prozent mit einem Bruttoverdienst unter 1500 Euro im Monat, weitere 16 Prozent mit unter 2000 Euro). Besonders betroffen von prekären Löhnen trotz Vollzeit sind Frauen (47 Prozent), befristete Beschäftigte (68 Prozent) und LeiharbeiterInnen (77 Prozent).

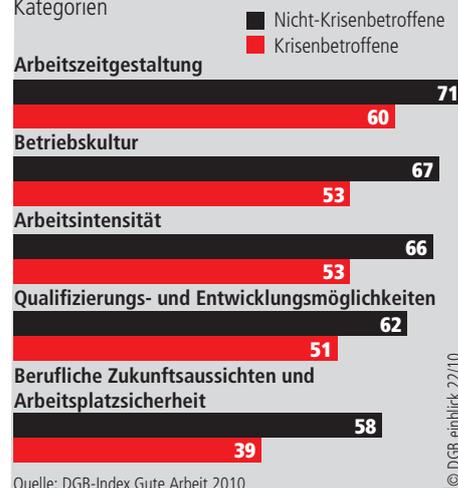
Auch die Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise zeigen sich in den Index-Auswertungen deutlich: Zwei

Maßnahmen in Folge der Krise persönlich betroffen), die chemische Industrie (67%) sowie das Baugewerbe (52%). Diese Werte zeigten, dass die Beschäftigten einen erheblichen Beitrag zur Überwindung der Krise geleistet hätten, erklärte Berthold Huber, Erster Vorsitzender der IG Metall, anlässlich der Vorstellung der Index-Ergebnisse. „Jetzt geht es darum, Arbeitsplätze sicher und fair zu gestalten“, so Huber.

Im Dienstleistungssektor bekamen die Beschäftigten des Finanzdienstleistungsbereichs die Krisenfolgen am deutlichsten zu spüren

Krise bedeutet schlechtere Arbeit

Indexwerte von krisenbetroffenen und nicht-krisenbetroffenen ArbeitnehmerInnen in ausgewählten Kategorien



In allen Kategorien haben Beschäftigte aus Unternehmen, die von der Wirtschaftskrise betroffen sind oder waren, schlechtere Index-Werte als andere ArbeitnehmerInnen. Laut Index-Report könnte das zwei Gründe haben: Entweder hat die Krise die Arbeitsbedingungen verschlechtert – oder Unternehmen mit schlechten Arbeitsbedingungen sind krisenanfälliger.

Drittel der Befragten berichten von krisenbedingten Veränderungen in ihrem Betrieb – von Entlassungen, über Kurzarbeit bis zu systematischem Überstundenabbau. Rund 46 Prozent der Befragten waren von diesen Maßnahmen selbst betroffen. Besonders hart hat die Krise, auch das belegt die Indexbefragung, drei Branchen getroffen: die Metallindustrie (69 Prozent der ArbeitnehmerInnen waren von

(48% persönlich Betroffene). Gelernt haben die Arbeitgeber der Finanzbranche aus der Krise aber offenbar wenig: Anders als ver.di seit geraumer Zeit fordert, hat sich hier die Arbeitsintensität für die Beschäftigten im Vergleich mit anderen Branchen weiter überdurchschnittlich erhöht, bei der Durchführung von Qualifizierungsmaßnahmen hingegen ist die Branche nach der Krise unterdurchschnittlich. •

Der Index

Für den DGB-Index Gute Arbeit werden seit 2007 jährlich repräsentativ mehrere Tausend ArbeitnehmerInnen befragt – für den aktuellen Index 4150 Beschäftigte bundesweit. Sie bewerten ihre Arbeitsbedingungen in insgesamt 15 Kategorien – vom Sinngehalt der Arbeit über Qualifizierungsmöglichkeiten und Arbeitsintensität bis zum Einkommen. Die so errechneten Indexwerte reichen von 0 bis 100.

Beschäftigte, die einen Indexwert unter 50 haben, haben „schlechte Arbeit“. „Mittelmäßige Arbeit“ haben ArbeitnehmerInnen mit 50 bis 80 Indexpunkten – der Bereich „gute Arbeit“ beginnt über 80 Punkten.

Index 2010

Auch 2010 bewertet, wie schon 2009, ein Drittel (33 Prozent) der ArbeitnehmerInnen seine Arbeitsbedingungen als „schlecht“ – nicht einmal halb so viele, 15 Prozent, haben „Gute Arbeit“ (2009: 12 Prozent). Der Rest, 52 Prozent, bewertet seine Arbeitsbedingungen als „mittelmäßig“ (2009: 55 Prozent).

Der durchschnittliche Indexwert aller befragten Beschäftigten liegt 2010 bei 59, also im Bereich „mittelmäßige Arbeit“.

www.einblick.dgb.de/hintergrund

kurz & bündig



Neuer Name, neues Magazin:
Die erste Ausgabe der Mitgliederzeitschrift der EVG ist erschienen. Der Name der neuen Publikation lautet „imtakt“. Thema der ersten Ausgabe ist der EVG-Gründungskongress. In einem passwortgeschützten Mitgliederbereich ist „imtakt“ online auch als E-Paper verfügbar.



Nicht mehr, sondern weniger Geld hat der Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger (BDZV) in den Tarifverhandlungen für Tageszeitungs-RedakteurInnen angeboten. Das Urlaubsgeld soll gestrichen werden und für Neueinstellungen sowie „Outsourcing“ ein 25 Prozent niedrigeres Tarifniveau gelten. ver.di meint: eine „nicht hinnehmbare Abwertung des Journalistenberufs“.



Die IG BCE fordert die zügige Verabschiedung eines CCS-Gesetzes. Mit der CCS-Technologie soll CO₂ im Kraftwerksprozess abgeschieden und anschließend unterirdisch gespeichert werden. Das entsprechende Gesetz dürfe nicht weiter aufgeschoben werden und müsse endlich durchs Bundeskabinett, so die IG BCE.



Die GEW kritisiert massiv die Geschäftsführung der Berlitz-Sprachschulen. Berlitz wolle festangestellte Lehrkräfte „massenhaft“ kündigen und stattdessen Honorarkräfte einsetzen. „Berlitz steht für den Sittenverfall in der Weiterbildung“, so die GEW.

Tarifauseinandersetzungen 2011

Am Aufschwung beteiligen

Der Aufschwung ist da, doch auch nach der Krise steigen Löhne und Gehälter wesentlich geringer als andere Einkünfte. Das wollen die Gewerkschaften ändern und fordern für die Tarifrunden 2011 ein deutliches Plus.

6 bis 7 Prozent mehr Geld – so lautet die Forderungsempfehlung des Hauptvorstands der IG BCE für die Chemie-Tarifrunde 2011. Die genaue Tarifforderung soll nach den Debatten in den Chemie-Betrieben in den nächsten Wochen aufgestellt werden. Die chemische

Industrie habe im Rekordtempo wieder Vorkrisenniveau erreicht, begründet der IG BCE-Vorsitzende Michael Vassiliadis die Forderungsempfehlung: „Deutschland hat das Krisental schneller als andere Länder durchschritten, der Aufschwung ist da. Zu dieser positiven Entwicklung haben die Beschäftigten einen erheblichen Beitrag geleistet. Das muss sich jetzt auch in den Portemonnaies wiederfinden.“

Auch die anderen Gewerkschaften wollen, dass die Beschäftigten mit Entgelterhöhungen am

Aufschwung beteiligt werden. So fordert ver.di für die Telekom-Beschäftigten 6,5 und für das Versicherungsgewerbe sechs Prozent. Die IG Metall will für die VW-Beschäftigten sechs, die NGG verlangt für ihre Branchen fünf bis sechs Prozent. Eine spürbare Gehaltssteigerung wollen auch ver.di, GdP, GEW und dbb-Tarifunion für die 585 000 Tarifbeschäftigten im öffentlichen Dienst der Länder (ohne Hessen und Berlin) erreichen. Sie gehen mit der Forderung nach einem Sockelbetrag von 50 Euro plus drei Prozent mehr Gehalt in die im kommenden Jahr beginnenden Tarifverhandlungen. •

Internetportal

Infos für mobile Bauarbeiter

Das „Informationsnetz Arbeitsmobilität in Europa“ der Europäischen Föderation der Bau- und Holzgewerkschaften (EFBH) informiert im

Internet aktuell und mehrsprachig über Arbeitsbedingungen am Bau in verschiedenen europäischen Ländern. Deutsche, die im Ausland arbeiten wollen, können sich dort über Mindestlöhne oder Urlaubstage ebenso informieren wie ausländische Beschäftigte, die in Deutschland arbeiten. Die Seite gibt

es zurzeit in Deutsch, Englisch, Polnisch, Rumänisch und Ukrainisch. Weitere Sprachen wie Kroatisch oder Türkisch sollen in den nächsten Wochen folgen. Das Projekt geht auf eine gemeinsame Initiative der IG BAU und der Schweizer Gewerkschaft UNIA zurück. • www.einblick.dgb.de/links

DGB

Gute Arbeit im Handwerk

Anfang Dezember hat der DGB die Initiative „Handwerk: Gute Arbeit, fairer Lohn“ gestartet. Auf der Homepage zur Initiative können Beschäftigte ihren Handwerksbetrieb in einem kurzen Fragebogen auf den Prüfstand stellen: Wird Tariflohn gezahlt? Werden Auszubildende übernommen? Der Clou: Nach dem Ausfüllen zeigt ein kurzer Film, wie es um die Arbeitsbedingungen im eigenen Betrieb bestellt ist. Sind sie schlecht, beginnt die Filmsequenz mit der Einblendung „Firma XY könnte besser“. Sind sie gut, gibt's den „Daumen nach oben“. Außerdem bietet die Homepage jede Menge Hintergrundinfos zu Arbeitsbedingungen im Handwerk.



Die DGB-Initiative ist auch ein Signal an die Arbeitgeber im Handwerk, flächendeckend für bessere Arbeits- und Einkommensbedingungen zu sorgen. Mit einer groß angelegten Kampagne versucht der Zentralverband des Deutschen Handwerks seit einigen Monaten, das Image des Handwerks in der Öffentlichkeit zu verbessern und Nachwuchskräfte zu werben. „Nur wenn gute Arbeit und faire Tariflöhne das Bild bestimmen, sind Handwerksbetriebe auch in Zukunft für qualifizierte Fachkräfte attraktiv“, meint dazu DGB-Vorstandsmitglied Dietmar Hexel. • www.gute-arbeit-fairer-lohn.de

Nord-Süd-Netz

Spenden für Bangladesh

„Made in Bangladesh“ steht nicht nur für preisgünstige Textilien sondern auch für Hungerlöhne und Schikanen gegen GewerkschafterInnen. Zwar ist es in diesem Jahr gelungen, nach langen Streiks die Erhöhung des monatlichen Mindestlohns von 18 auf 33 Euro durchzusetzen. Existenz sichernd wären aber 55 Euro. Damit die Gewerkschaften in Bangladesh ihren Kampf fortführen können, brauchen sie Geld und Qualifikation. Das Nord-Süd-Netz im DGB-Bildungswerk ruft zu Spenden zur Unterstützung der Gewerkschaften in den Textilbetrieben Bangladeshs auf. •
Spendenkonto: Nord-Süd-Netz, SEB Düsseldorf, BLZ 300 101 11, Kontonummer: 101 600 93 00

Interview

Gegen eine Politik der Ausgrenzung

Anfang Dezember ist die Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG) durch die Verschmelzung der DGB-Gewerkschaft TRANSNET und der GDBA, bisher Mitglied im Deutschen Beamtenbund, entstanden. Alexander Kirchner, Vorsitzender der EVG, spricht im einblick-Interview über den Weg bis zum Gründungskongress und über künftige Ziele.

■ Glückwunsch, die EVG ist Realität geworden. Von außen betrachtet wirkte der gesamte Prozess harmonisch und konfliktfrei – stimmt der Eindruck?

■ Wir haben nun über ein Jahr lang intensiv diskutiert. Auch kontrovers und kritisch, aber niemals unter der Gürtellinie. Der Weg hin zur Verschmelzung und zu den Gewerkschaftstagen verlief in gegenseitigem Respekt. Das war wichtig und das wird auch wichtig bleiben, denn natürlich müssen wir uns in der neuen Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft auch noch finden, wir müssen Gremien bilden und Strukturen schaffen.

■ Die Gewerkschaftstage der TRANSNET und der GDBA haben jeweils mit großer Mehrheit für die EVG gestimmt. Wie habt ihr es geschafft, die Mitglieder beider Gewerkschaften mitzunehmen?

■ Durch eine breite und intensive Basisbeteiligung. Unter dem Motto „Werkstatt Gewerkschaft“ haben wir jeder und jedem die Möglichkeit gegeben, sich einzubringen: In über 200 Betriebsbesuchen durch die Vorstände, in Mitglieder- oder Funktionärsversammlungen, in Diskussionsrunden oder in ganz konkreten Themenworkshops. Und der gesamte Prozess war überaus transparent. Vom Mitglied aus denken, zum Mitglied hin handeln – das war die Maxime der vergangenen Monate und das wird sie auch künftig sein. Wir werden unser Ohr noch stärker in die Betriebe und Dienststellen halten als bisher.

■ Auf eurem Gründungskongress hast du gesagt, die EVG sei ein „Gegenmodell zum Berufsegoismus“. Ein klares Signal an die GDL. Wie steht die EVG zur Lokführergewerkschaft – wird es eine Zusammenarbeit geben?

■ Einer Zusammenarbeit mit der GDL steht nichts im Wege, wenn diese bereit ist, Verantwortung zu übernehmen. Darunter verstehe ich, dass alle Berufsgruppen gemeinsam betrachtet werden und eben nicht eine losgelöst. Vernünftige und erfolg-



Alexander Kirchner, 54, ist seit Anfang Dezember Vorsitzender der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG).

reiche Tarifpolitik kann nur gelingen, wenn die vermeintlich Starken den augenscheinlich Schwachen zur Seite stehen. Funktioniert das nicht, betreiben wir eine Politik der Ausgrenzung. Dann werden die Starken vielleicht noch stärker, aber es wird immer mehr Schwache geben, und die werden in jedem Fall noch schwächer.

■ In Kooperation mit anderen DGB-Gewerkschaften wollt ihr die Beschäftigten im Verkehrssektor gewerkschaftlich organisieren – mit ver.di wollt ihr ein gemeinsames Projekt entwerfen. Was ist geplant?

■ ver.di hat den Prozess der Verschmelzung von TRANSNET und GDBA zur EVG aktiv unterstützt. Das ist gut und dafür danke ich den Kolleginnen und Kollegen. Ich denke, dass wir in den nächsten Monaten zusammenkommen werden, um uns die Situation im Verkehrssektor genau anzuschauen. Wir wollen gemeinsam mit ver.di den Organisationsgrad in der Branche erhöhen – und damit ist auch klar: Die EVG richtet sich nicht gegen eine andere Gewerkschaft. Wir werden nicht in Betriebe gehen, in denen andere Gewerkschaften bereits die Betriebswirklichkeit gestalten.

■ Auch politisch hat die EVG schon Zeichen gesetzt. Ihr fordert einen „Masterplan Verkehr“ und habt zuletzt die Politik der Bundesregierung mehrfach kritisiert. Was läuft falsch in der Verkehrspolitik?

■ Die Politik von Herrn Ramsauer und der Koalition hinter ihm ist vom Asphalt gesteuert. Statt eine nachhaltige ökologische Verkehrswende auch nur wenigstens anzustreben, werden die alten Fehler fortgesetzt. Es wird einseitig in die Straße investiert, ohne zu fragen, wie es in den kommenden Jahren und Jahrzehnten weiter gehen kann. In der Schweiz plant man zurzeit den Bahnfahrplan für das Jahr 2030. In Deutschland ist man nicht in der Lage, auch nur ein Konzept für die nächsten fünf Jahre vorzulegen. Das ist ein Armutszeugnis für unser Land. Dabei ist der Verkehrssektor Grundlage für Wirtschaft und Handel. Ohne ausreichende Mobilität ist Wachstum weder in der Industrie noch bei Dienstleistungen möglich. ●

Die EVG

Am 30. November stimmten TRANSNET und die GDBA auf getrennten Gewerkschaftstagen in Fulda der Verschmelzung zur Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG) zu – mit jeweils großer Mehrheit: rund 97 Prozent Ja-Stimmen bei TRANSNET, gut 91 Prozent bei der GDBA. Am 1. Dezember tagten die Delegierten dann gemeinsam auf dem EVG-Gründungskongress. Die EVG hat etwa 250 000 Mitglieder, rund 220 000 kommen von TRANSNET, 30 000 von der GDBA.

Vorsitzender der EVG ist der bisherige TRANSNET-Vorsitzende Alexander Kirchner, seine StellvertreterInnen sind Regina Rusch-Ziembra (zuvor TRANSNET-Vize) und Klaus-Dieter Hommel (zuvor GDBA-Vorsitzender). Weitere EVG-Vorstandsmitglieder sind Wolfgang Zell (EVG-Bundesgeschäftsführer, zuvor TRANSNET), Wilhelm Bahndorf, Heinz Fuhrmann (beide GDBA), Reiner Bieck und Martin Burkert (beide TRANSNET).

Die EVG ist Mitglied des DGB.

Langfassung des Interviews online: Alexander Kirchner zur aktuellen Schlichtung in der DB-Tarifrunde und zum Branchentarifvertrag. www.einblick.dgb.de

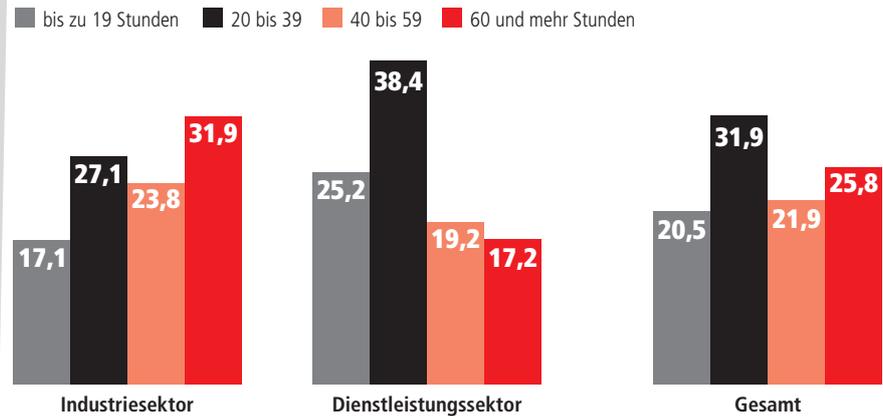
DIES & DAS

dieDGBgrafik

ARBEITSZEITKONTEN: In der Krise bewährt

Im Verlauf der Wirtschaftskrise sind Guthaben auf Arbeitszeitkonten stark abgebaut worden. So hatte jeder zweite Beschäftigte in Unternehmen mit Arbeitszeitkonten Mitte 2008 noch 60 Überstunden oder mehr angesammelt – in der Krise hatte ein Viertel die „Vorräte“ dann bereits aufgebraucht. Das belegt eine Analyse des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB). Im Durchschnitt sind die Guthaben von 72 auf 27 Stunden zurückgegangen. Das IAB-Fazit: Arbeitszeitkonten haben sich in der Krise bewährt.

Anteil von Unternehmen, in denen die Arbeitszeitkonten vom dritten Quartal 2008 bis zum dritten Quartal 2009 durchschnittlich um die entsprechenden Stunden abgebaut wurden (in Prozent)*



*Nur von der Wirtschaftskrise betroffene Unternehmen

Quelle: IAB-Berechnung auf Basis der WSI-Betriebsrätebefragung 2009

© DGB einblick 22/10

28 TAGE

mehr Infos: www.einblick.dgb.de

1.1. Gründung der Europäischen Bankenaufsicht (EBA), London

2.-7.1. DGB-Bildungswerk, Seminar „Betriebsrat und

Arbeitsrecht“, Hattingen

9.-14.1. DGB-Bildungswerk, Seminar „Der Jahresabschluss als Informationsquelle“, Hamburg

14.-16.1. DGB-Jugend, Arbeitskreis Internationales, Celle-Hustedt

personalien

••• **Gunter Barnbeck**, 64, Leiter der Abteilung Personal beim DGB-Bundesvorstand, geht zum 31. Dezember in den Ruhestand. Ihm folgt **Stefan Collm**, 58, bisher Leiter des Bereichs Geschäftsführende Aufgaben beim DGB-Bezirk Berlin-Brandenburg, zuständig für

Personal, Finanzen, Planung und Koordinierung sowie EDV.

••• **Alexander Kirchner**, 54, Vorsitzender der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG), ist Anfang Dezember zum neuen Vorsitzenden der Allianz pro Schiene gewählt worden. Er folgt **Klaus-Dieter Hommel**, 53, ehemaliger Vorsitzender der Verkehrsgewerk-

IMPRESSUM

einblick erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB

Verlag: Graewis Verlag GmbH **GeschäftsführerInnen:** Anne Graef, Dr. Peter Wilke

Redaktion: Anne Graef (verantwort.), Sebastian Henneke, Timm Steinborn **Redaktionelle Mitarbeit:** Udo Böhlefeld, Gunter Lange, Luis Ledesma **Redaktions-**

anschrift: Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/3088 24-0, Fax 030/3088 2420,

Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina

Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de

Layout: zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork

Berlin **Abonnements:** Änderungen schriftlich an Redaktion einblick (Adresse s.o.)

Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Beleg-

exemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag.

Nachdruck von namentlich gezeichneten Artikeln nur nach Genehmigung durch Verlag

und Autor. **Der nächste einblick erscheint am 17. Januar 2011**

Tipp

Buch: Wilhelm Heitmeyer, Deutsche Zustände – Folge 9, edition suhrkamp, Berlin 2010, 348 Seiten, 15 Euro

Bereits zum neunten Mal liefern WissenschaftlerInnen und JournalistInnen um Wilhelm Heitmeyer einen Blick in die „Abgründe“ der deutschen Gesellschaft. Auch in der aktuellen Studie steht wieder die „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ im Fokus. Das bedenkliche Ergebnis:

Die Krise hat nicht nur in den unteren Einkommensgruppen zu mehr Vorurteilen gegenüber sozial Schwachen geführt, sondern auch in den mittleren und hohen Einkommensklassen. In jedem Fall stünden nun die Eliten in der Verantwortung, fordern die AutorInnen. In einem ganzen Kapitel widmen sich daher renommierte AutorInnen der „Upper Class“ und ihrer Verantwortung für die Gesellschaft.

schaft GDBA und stellvertretender Vorsitzender der EVG, der den Vorsitz der Allianz seit 2008 inne hatte. Der Allianz pro Schiene gehören neben der EVG 16 weitere Verkehrs-

verbände, Umweltverbände und Forschungseinrichtungen an, darunter etwa der Auto Club Europa (ACE) und der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND).

Schlusspunkt.

„Ministerin von der Leyen und die Bundesregierung nehmen das Hartz-IV-Urteil des Bundesverfassungsgerichts sehr genau – allerdings nur bei einer einzigen, einer allereinzigen Frage: beim Datum.“

Heribert Prantl in der Süddeutschen Zeitung vom 3. Dezember zu den vom Bundesverfassungsgericht geforderten Korrekturen bei Hartz IV bis zum 1. Januar 2011.

Hartz IV**Mietübernahme trotz 3 Unterschriften**

Einem Bezieher von Hartz-IV-Leistungen steht die gesamte Miete zu, wenn er die angemessene Wohnung alleine bewohnt. Haben die Eltern den Mietvertrag mit unterschrieben, vermindert sich sein Anspruch nicht auf 1/3.

Der Fall: Der verschuldete Leistungsbezieher bewohnt alleine eine Wohnung von 37 qm. Der Vermieter hatte aus Gründen der Bonität darauf bestanden, dass beide Elternteile, die eine eigene Wohnung haben, den Mietvertrag mit unterschreiben. Die ARGE bewilligte nur 1/3 der Miete. Den Rest müssten laut Mietvertrag die Eltern an den Vermieter zahlen. Die dagegen gerichtete Klage hatte Erfolg.

Das Sozialgericht: Die Eltern haben den Mietvertrag nur aus Bonitätsgründen unterschrieben und sind nicht Mieter geworden. Sie haben dem Vermieter nur ein Schuldversprechen gegeben, damit ihr verschuldeter Sohn überhaupt eine Wohnung anmieten konnte.

Sozialgericht Magdeburg,

Beschluss vom 20. Februar 2010 - S 11 AS 3600/09 ER

Fristlose Kündigung**Zwei Frikadellen kosten nicht den Job**

Der unerlaubte Verzehr von zwei Frikadellen im Gastronomiebetrieb rechtfertigt nicht den Ausspruch einer fristlosen Kündigung.

Der Fall: Der Arbeitnehmer ist seit 19 Jahren im Gastronomiebereich einer Universität beschäftigt. Die Arbeitgeberin wirft ihm vor, er habe eines Tages beim Durchgang durch die Küche Pommes frites sowie zwei Frikadellen zum Verzehr an sich genommen. Obwohl der Vorgesetzte ihn darauf hingewiesen habe, dass es nicht zulässig sei, Lebensmittel zu entnehmen, ohne diese zu bezahlen, soll der Arbeitnehmer in Anwesenheit des Vorgesetzten zwei weitere Frikadellen genommen und sich mit diesen in den Pausenraum begeben haben. Daraufhin habe der Vorgesetzte ihm den Hinweis erteilt, er habe zurzeit keine Pause und ihn gebeten, sich ins Büro zu begeben. Der Arbeitnehmer sei aber weiter zum Sozialraum gegangen und habe geäußert, der Vorgesetzte solle ihn in Ruhe lassen, er wisse was er tue. Erst nach Einschalten eines weiteren Vorgesetzten sei er zu einem Gespräch bereit gewesen. Die Arbeitgeberin kündigte das Arbeitsverhältnis fristlos. Sie bewertet das Verhalten des Arbeitnehmers als Diebstahl, zumindest bestünde ein Diebstahlsverdacht. Zudem stützt sie die Kündigung auf die Verweigerungshaltung des Arbeitnehmers. Die dagegen erhobene Klage hatte Erfolg.

Das Landesarbeitsgericht: Der behauptete Verzehr der Pommes frites und der Frikadellen im vorliegenden Fall kann keinen wichtigen Grund für die fristlose Kündigung darstellen. Dabei sind insbesondere die 19-jährige Betriebszugehörigkeit und der Umstand, dass der Arbeitnehmer nach den Tarifverträgen des öffentlichen Dienstes nur noch außerordentlich kündbar ist, zu berücksichtigen. Aber auch die von der Arbeitgeberin vorgetragene Weigerung des Arbeitnehmers, ins Büro zu kommen, kann die fristlose Kündigung nicht rechtfertigen. Als milderer Mittel hätte zunächst eine Abmahnung ausgesprochen werden müssen, die dem Arbeitnehmer als letzte Warnung die Möglichkeit gegeben hätte, das behauptete Verhalten zu überdenken. Allein die Nichtbefolgung von Weisungen des Vorgesetzten macht den Arbeitnehmer nicht zum Straftäter.

Landesarbeitsgericht Hamm,

Urteil vom 4. November 2010 - 8 Sa 711/10

Risikoschwangerschaft**Leistungen trotz Arbeitsfähigkeit**

Eine Schwangere, für die zur Vermeidung einer Fehlgeburt ein Beschäftigungsverbot angeordnet worden ist, hat auch dann Anspruch auf Weitergewährung von Leistungen der Arbeitsagentur, wenn sie nicht gleichzeitig arbeitsunfähig ist.

Landessozialgericht Niedersachsen-Bremen,

Urteil vom 25. Oktober 2010 - L 11 AL 149/07

Zeugen Jehovas**Kein Sonderurlaub für Bezirkskongress**

Bundesbeamte können keinen Sonderurlaub für die Teilnahme an einem so genannten Bezirkskongress der Religionsgemeinschaft Jehovas Zeugen beanspruchen. Die Sonderurlaubsverordnung des Bundes beschränkt die Gewährung von Sonderurlaub auf die Teilnahme am Deutschen Katholikentag und am Deutschen Evangelischen Kirchentag, ohne dass es auf die Konfession der teilnahme-willigen Beamten ankommt. Zweck dieser Regelung ist es, die besondere gesellschaftliche Wirksamkeit der beiden von der Norm erfassten Veranstaltungen zu fördern, ohne dadurch einzelne religiöse Bekenntnisse wegen ihrer Glaubensinhalte zu privilegieren oder zu benachteiligen. Sie erlaubt es nicht, Veranstaltungen durch Sonderurlaub zu fördern, die nach ihrem Inhalt in erster Linie religiöse Feste oder Gottesdienste sind. Um solche Veranstaltungen handelt es sich bei den Bezirkskongressen der Zeugen Jehovas, die als das nach der Abendmahlsfeier zweitwichtigste religiöse Fest angesehen werden.

Bundesverwaltungsgericht,

Urteil vom 25. November 2010 - 2 C 32.09

Freier Warenverkehr**Kontaktlinsen auch im Internet**

Die EU-Mitgliedstaaten dürfen den Vertrieb von Kontaktlinsen über das Internet nicht verbieten. Die Gesundheit der Verbraucher ist durch weniger beeinträchtigende Maßnahmen zu schützen.

Europäischer Gerichtshof,

Urteil vom 2. Dezember 2010 - C-108/09

Rentenbeiträge**Auch Fitnesstrainer müssen abführen**

Fitnesstrainer sind als Trainer Lehrer im Sinne der gesetzlichen Rentenversicherung und müssen aus ihren Honoraren Rentenbeiträge an die Rentenkasse abführen.

Bayerisches Landessozialgericht,

Urteil vom 17. März 2010 - L 13 R 550/09

DDR-Rente**Aufhebung kann zulässig sein**

Invalidenrenten nach dem Recht der DDR wurden zum 1. Januar 1992 in Erwerbsunfähigkeitsrenten umgewandelt, ohne dass eine Gesundheitsprüfung erfolgte. Stellt sich später heraus, dass sich das Leistungsvermögen wesentlich gebessert hat, kann die Rentenbewilligung aufgehoben werden.

Landessozialgericht Sachsen-Anhalt,

Urteil vom 29. April 2010, L 3 R 521/06